

## **Vortrag an den Ministerrat**

### **Informelle Videokonferenz der Ministerinnen und Minister für Landwirtschaft und Fischerei am 25. Jänner 2021**

Am 25. Jänner 2021 fand eine informelle Videokonferenz der Ministerinnen und Minister für Landwirtschaft und Fischerei erstmals unter dem Vorsitz der portugiesischen Ministerin für Landwirtschaft, Maria do Céu Antunes sowie dem portugiesischen Minister für maritime Angelegenheiten, Ricardo Serrão Santos, statt. Bundesministerin Elisabeth Köstinger vertrat die österreichischen Interessen. Die Kommission war durch die Kommissare Janusz Wojciechowski (Landwirtschaft) und Virginijus Sinkevičius (Fischerei) vertreten. Im Vordergrund standen Leitlinien für den Beginn bilateraler Konsultationen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich (VK) betreffend die Festsetzungen endgültiger Fischerei-Fangmöglichkeiten für das Jahr 2021. Im landwirtschaftlichen Bereich wurden insbesondere handelsbezogene Agrarfragen sowie der aktuelle Stand der Verhandlungen zum GAP-Reformpaket thematisiert.

Im Rahmen der Sitzung präsentierte die portugiesische Ratspräsidentschaft ihr Arbeitsprogramm. Das Hauptziel des Vorsitzes liegt im Abschluss der Verhandlungen zum GAP-Reformpaket im Frühling 2021. Weitere Prioritäten im Bereich der Landwirtschaft betreffen die Erarbeitung der Strategie für die ländliche Entwicklung, die Beschlussfassung des Rates über die nachhaltige Verwendung von Pestiziden und die Einigung über die Prioritäten der EU für den Welternährungsgipfel der Vereinten Nationen. In der Fischerei sind die Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich und Norwegen zu den Fangmöglichkeiten für 2021 zentrales Thema. Außerdem ist die endgültige Annahme der Verordnung über den neuen Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds geplant, sowie eine allgemeine Ausrichtung zur Überarbeitung der Verordnung zur Fischereikontrolle.

Die Ministerinnen und Minister diskutierten erste Leitlinien zur Festlegung der Fangmöglichkeiten in der Nordsee/Nordatlantik für 2021 und für die Tiefseearten für 2021 und 2022 für die aufgrund des Handels- und Kooperationsabkommens notwendigen Konsultationen mit dem Vereinigten Königreich. Dabei unterstützten die Ministerinnen und Minister die Berücksichtigung der wissenschaftlichen Gutachten und der Grundprinzipien der Gemeinsamen Fischereipolitik.

Zentralen Tagesordnungspunkt im Bereich der Landwirtschaft bildeten die Diskussionen um handelsbezogene Agrarfragen. Kommissar Wojciechowski berichtete über die jüngsten Entwicklungen im internationalen Handel und über dessen Auswirkungen auf den Landwirtschafts- und Lebensmittelsektor. Außerdem präsentierte er die ersten Schlussfolgerungen zur Aktualisierung der Studie der Gemeinsamen Forschungsstelle aus dem Jahr 2016 über die kumulativen Auswirkungen künftiger Handelsabkommen der Europäischen Union. Mehrere Ministerinnen und Minister betonten, dass in Handelsabkommen der EU die gleichen Wettbewerbsbedingungen verankert sein müssten, wie sie auch am Binnenmarkt gelten. Dies betrifft insbesondere das hohe Niveau an Umwelt- und Nachhaltigkeitsstandards in der EU. Bundesministerin Köstinger bekräftigte dies und forderte zudem eine Kohärenz zwischen den Zielen des Green Deals und der EU-Handelspolitik, insbesondere bezugnehmend auf das EU-Mercosur-Abkommen. Österreich forderte überdies die Kommission auf, die in einer gemeinsamen Note mit Bulgarien, Luxemburg, Rumänien und der Slowakei im Novemberrat gestellten Fragen bzw. Bedenken zu klären. Landwirtschaftsministerin Köstinger betonte abermals die dezidierte Ablehnung Österreichs gegenüber dem geplanten EU-Mercosur Abkommen.

Zur Aktualisierung der Studie der Gemeinsamen Forschungsstelle meldeten die Ministerinnen und Minister Bedarf an, sie nach erfolgter Veröffentlichung eingehend analysieren und bei einer bevorstehenden Ministertagung erörtern zu können. Von Seiten Österreichs wurde an der Studie moniert, dass sie nicht auf die Auswirkungen der COVID-19 Pandemie, die ambitionierten Zielsetzungen des Green Deals und die GAP-Reform abstelle. Aus diesen Herausforderungen ergibt sich für die europäische Landwirtschaft eine neue Ausgangssituation, die Berücksichtigung finden müsse.

Der Vorsitz informierte außerdem über den aktuellen Stand der Verhandlungen über das GAP-Reformpaket für die Zeit nach 2020. Im Mittelpunkt standen das neue Umsetzungsmodell, die grüne Architektur und Umweltstandards, der Handel mit Drittländern sowie marktstützende Sondermaßnahmen. Die Ministerinnen und Minister zeigten sich einig, dass die Vorschriften zu vereinfachen seien und die ökologischen und sozioökonomischen Auswirkungen miteinander in Einklang stehen müssten.

Unter „Sonstiges“ informierte die kroatische Delegation über die Auswirkungen des zerstörerischen Erdbebens auf die Landwirtschaft und bestimmte ländliche Regionen. Die slowenische Delegation rief gemeinsam mit 14 weiteren Mitgliedstaaten – unter anderem Österreich – die Kommission auf, Maßnahmen zu setzen, um den Schweinefleischsektor angesichts der schwierigen Marktsituation aufgrund von COVID-19 und der afrikanischen Schweinepest zu unterstützen.

Ich stelle daher den

**Antrag,**

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

18. Februar 2021

Elisabeth Köstinger  
Bundesministerin